



**(1) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Aufhebung des Eheverbotes stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

**(2) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag bzw. Gesetzesanträge auf Beseitigung all dieser Ungleichbehandlungen einbringen oder solche Anträge einer anderen Partei unterstützen? Wenn nein: an welchen der 40 Ungleichbehandlungen möchten Sie festhalten und warum?**

**(3) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Beseitigung des Verbots der Fremdkind- und Sukzessivadoption für gleichgeschlechtliche Paare einbringen oder solche Anträge einer anderen Partei unterstützen?**

**(5) Frauen, die nicht in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft mit einem Mann leben, ist es in Österreich verboten, medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Samenspende) in Anspruch zu nehmen (§ 2 FMedG).**

#### **Fragen 1-5:**

Es ist gut, wichtig und richtig, dass Sie sich für so sensible Materien mit derart viel Herzblut annehmen. Wir als rechtsliberale Partei leben hier Liberalismus und verzichten auf jede Form des Klubzwangs bei solchen Fragen. Jeder Abgeordnete soll hier frei nach seinem Gewissen entscheiden können - das ist uns sehr wichtig. Dies haben wir zuletzt bei der von Ihnen auch erwähnten Abstimmung über die Stiefkindadoption so gehandhabt. Auch künftig wird das BZÖ bei diesbezüglichen Abstimmungen im Parlament das Wahlverhalten freigeben. Konsequenterweise ist daher nicht möglich, die einzelnen Fragen detailliert aufgeschlüsselt zu beantworten. Klar ist, dass in Österreich derzeit in vielen der erwähnten Bereichen Diskussionsbedarf herrscht und insbesondere auch die Politik gefordert ist, offen und sachlich darüber zu diskutieren und die Themen unpopulistisch zu transportieren. Wie wichtig dies ist, hat sich zuletzt bei der Verpartnerung unseres Abgeordneten Gerald Grosz gezeigt. Denn die Tatsache, dass noch in heutigen Zeit Massenmedien ein solches Ereignis wegen der gleichgeschlechtlichen Verpartnerung an sich als Sensation zelebrieren, zeigt, wie viel Arbeitsbedarf noch besteht. Alles in allem muss Akzeptanz über Dialog erreicht werden, um darauf basierend Gesetze mit breiter Mehrheit beschließen zu können.

**(6) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag zur Aufnahme von „sexueller Orientierung“ in den Gleichheitssatz der Bundesverfassung stellen, wie dies auch das Ergebnis des Österreich-Konvents war, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen? Befürworten Sie auch die Aufnahme des Merkmals „Geschlechtsidentität“?**

**(7) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag stellen, damit homo-und bisexuelle Frauen und Männer (wie in 8 der 9 Bundesländer) auch auf Bundesebene in allen Lebensbereichen gesetzlich vor Diskriminierung geschützt werden oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

#### **Frage 6/ Frage 7/1:**

Wie in Ihrer Anfrage ausgeführt, wurde im Österreich-Konvent die Aufnahme von „sexueller Orientierung“ in den Gleichheitssatz der Bundesverfassung erörtert. Grundsätzlicher Konsens bestand darüber, dass dies bei Schaffung eines einheitlichen österreichischen

Grundrechtekataloges (in einem einzigen Textdokument) entsprechende Berücksichtigung finden solle. Obwohl sowohl die Regierungsprogramme für die XXIII. und die XXIV. Gesetzgebungsperiode die Fortsetzung der Arbeit an einem solchen übersichtlichen Grundrechtekatalog vorgesehen haben, wie auch Fragen der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der abgelaufenen Gesetzgebungsperiode Bestandteil parlamentarischer Verhandlungen waren, hat dieses Vorhaben jedoch bislang nicht den erforderlichen politischen Konsens gefunden. Sinnvoll erscheint die ausdrückliche Verankerung der „sexuellen Orientierung“ im Gleichheitsgrundsatz jedoch nur im entsprechenden Gesamtkontext eines neuen Grundrechtekatalogs.

Angemerkt wird, dass, wie Sie bereits selbst ausgeführt haben, das ausdrückliche Verbot der Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung bereits jetzt durch die auch in Österreich geltende EU-Grundrechtecharta Bestandteil unserer Rechtsordnung ist.

**(7) Was werden Sie dagegen nach der Wahl unternehmen? Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Aufhebung des § 207b StGB stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

**Frage 7/2**

Die Notwendigkeit einer Änderung des § 207b StGB erkennen wir aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen nicht. Sollten Sie Beispiele für missbräuchliche Anwendungen kennen, sind wir jedoch jederzeit diskussionsbereit, um etwaige Verbesserungen zu erreichen.

**Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Aufhebung der Verurteilungen und Entschädigung der Opfer der anti-homosexuellen Sonderstrafgesetze stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

**Frage 8:**

Den genannten Aspekt halten wir für diskussionswürdig. Konkret sollte diese Problematik in die Debatte bezüglich der geplanten Komplettreform des Strafgesetzbuches einfließen.

**(9) Homosexuelle Menschen sind, wie es der Europarat so treffend formulierte, „Opfer jahrhundertalter Vorurteile“. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei nach der Wahl konkret setzen zur Förderung spezialisierter Beratungsstellen sowie von Einrichtungen, die den Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen auf Grund sexueller Orientierung in unserer Gesellschaft zum Ziel haben?**

**Frage 9:**

Der Abbau von noch bestehen Vorurteilen und die Schaffung breiter Akzeptanz muss vorrangiges Ziel sein. Dafür sprechen wir uns aus und sind hinsichtlich möglicher Maßnahmen jederzeit gesprächsbereit. Für einen vertieften Dialog sowie konkrete Anregungen steht unser Menschenrechtssprecher Gerald Grosz gerne zur Verfügung.

**(10) Werden Sie sich für einen Aktionsplan auf Bundesebene einsetzen, der auch Homophobie und Transphobie entgegenwirkt?**

**Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Situation von homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen Menschen bei den staatlichen Programmen zur Gewaltprävention und zur Opferhilfe ausdrücklich berücksichtigt wird?**

**Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen oder einen Antrag einer anderen Partei unterstützen, mit dem homophobe Straftaten (Hate-**

**Crimes) erhöhten Strafen unterworfen werden (bspw. durch Erweiterung des § 33 Z. 5 StGB um einen Verweis auf die in § 283 StGB genannten Gruppen?)?**

**Frage 10:**

Zunächst darf ich auf die Antwort zu Frage 9 verweisen. Gleichzeitig stehen wir auf dem Standpunkt, dass der Akzeptanzprozess zu unterstützen ist, jedoch nicht mit der „Brechstange“. Denn ein zu offensives Vorgehen erzeugt den Eindruck, es handle sich um etwas Besonderes oder Anderes – was es ja gerade nicht ist.

Der Vorschlag bezüglich des Strafgesetzbuches sollte wiederum in die Debatte bezüglich der geplanten Komplettreform des Strafgesetzbuches einfließen. Sollten Schutzlücken bestehen, sind diese zu füllen.

**(11) Wie werden Sie gegen homophobe „Therapieangebote“ vorgehen, die in letzter Zeit insbesondere von religiös-fundamentalistischen Organisationen verstärkt durchgeführt werden? Werden Sie Gesetzesanträge zur Unterbindung, insb. bei Jugendlichen, einbringen oder unterstützen?**

Jugendschutz ist uns ein besonderes Anliegen. Sollte Gefahren bestehen, sind wir jederzeit verhandlungsbereit – egal durch was und von wem Gefahr droht. Selbstverständlich respektieren und verteidigen wir die Meinungsfreiheit. Sollte jedoch der Rahmen zulässiger Ausübung überschritten werden, ist zu handeln. Abschließend ist in diesem Zusammenhang auf das treffende Zitat bezüglich schwuler Priester von Papst Franziskus hinzuweisen: "Wenn jemand homosexuell ist und guten Willens nach Gott sucht, wer bin ich, darüber zu urteilen?". Dem gibt es nichts hinzufügen.

**(12) Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen homosexuelle Lebensweisen und Transidentität in Schule und Unterricht in angemessener Weise behandelt werden?**

**Wie werden Sie sicherstellen, dass in Integrationsprogrammen und –maßnahmen die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen Menschen als Werte von Demokratie und Zivilgesellschaft vermittelt werden?**

Die Thematiken sind selbstverständlich in der Schule zu behandeln. Allerdings gilt auch hier mit Bedacht vorzugehen. Denn ein zu offensives Vorgehen erzeugt den Eindruck, es handle sich um etwas Besonderes oder Anderes – was es ja gerade nicht ist.

**(13) Wie werden Sie sich nach der Wahl dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen auf Grund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in Österreichs Außenpolitik und in der täglichen Arbeit der österreichischen Vertretungsbehörden angemessen Berücksichtigung finden?**

**Soll österreichische Entwicklungshilfe von der Einhaltung der Menschenrechte homo- und bisexueller sowie transidenter und intersexueller Menschen abhängig gemacht werden?**

**Wie soll Österreich im Zusammenhang mit den bevorstehenden Olympischen Winterspielen in Sotschi (RUS) auf die aktuelle Homosexuellenverfolgung in Russland reagieren?**

Österreich hat sich gegen jede Form von Gewalt und Diskriminierung auszusprechen – national sowie international. Eine Kürzung der Entwicklungshilfe bei Missachtung der Menschenrechte von homo- und bisexueller sowie transidenter und intersexueller Menschen lehnen wir deshalb ab, weil ansonsten letztlich hungernde und verarmte Menschen für die Handlungen von ihren Anführern büßen müssten.

**(14) In letzter Zeit wurde vereinzelt vorgeschlagen, pornografische Internetseiten zu sperren. Solche Sperren sollen demnach nur auf Antrag der Anschlussinhaber unter Altersnachweis aufgehoben werden. Befürworten Sie solche Internetsperren?**

**Wenn ja: Wer soll darüber entscheiden, ob eine Internetseite „pornografisch“ ist, und nach welchen Kriterien? Wie sollen sich Betroffene (wie zB fälschlich als pornografisch eingestufte LGBT-Seiten, Sexualberatungsseiten etc.) gegen eine Sperre wirksam wehren können, ohne die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins und vollendeter Fakten vor erfolgter Überprüfung durch ein unabhängiges Gericht?**

Nein. Vielmehr ist beispielsweise darüber zu informieren, dass es bereits Modelle und Programme von Providern gibt, mit denen Eltern Computer, zu denen minderjährige Kinder Zugang haben, mit einem Filter für "nicht kindertaugliche" Seiten ausstatten können. Zudem muss aus Sicht des BZÖ die Aufklärung über die Problematik von "nicht kindgerechten" Inhalten im Netz ausgebaut werden.

**(15) Die damalige Regierungskoalition hat 2004 die Altersgrenze für „Kinder“pornografie entgegen den einhelligen ExpertInnenmeinungen von 14 auf 18 Jahre angehoben, sodass sich nun etwa ein 17jähriger strafbar macht, wenn er eine „pornografische“ Aufnahme von sich selbst macht und diese seinem/seiner PartnerIn zeigt, selbst dann wenn er mit ihr (oder ihm) verheiratet ist.**

**Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Abänderung dieser absurden Gesetzeslage stellen, etwa im Sinne einer Konzentration auf die kommerzielle Ausbeutung von Jugendlichen anstatt der Verfolgung einverständlicher Handlungen im privaten nicht-kommerziellen Bereich, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

Vorwegschickend ist darauf hinzuweisen, dass das BZÖ seit Jahren um verbesserten Schutz bei strafbaren Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung insbesondere von Minderjährigen kämpft. So wurde beispielsweise auf Initiative des BZÖ der Straftatbestand des Cyber-Groomings gem. § 208a StGB eingeführt bzw. die Anbahnung von Sexualkontakten zu Unmündigen unter Strafe gestellt.

Wie bei § 207b StGB (s.o.) ist uns die Notwendigkeit einer Änderung des § 207a StGB aufgrund der uns zur Verfügung stehenden Informationen nicht ersichtlich. Sollten Sie jedoch Beispiele kennen, bitten wir Sie um Mitteilung, um etwaige Verbesserungen erwägen zu können.

**(16) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen, wonach in Zukunft chirurgische und/oder medikamentöse bzw. hormonelle Eingriffe nur mit der informierten Einwilligung der betroffenen Menschen erfolgen dürfen, die durch das Einverständnis der Sorgeberechtigten nicht ersetzt werden kann, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?**

**Was werden Sie dafür tun, dass Menschen mit einer Besonderheit der geschlechtlichen Entwicklung ein Recht auf freie Entfaltung und Selbstbestimmung gewährleistet wird?**

**Wie werden Sie sich insbesondere dafür einsetzen, dass dem Phänomen Intersexualität in der Rechtsordnung künftig Rechnung getragen wird?**

Siehe Frage 1

**(17) Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen, oder einen Antrag einer anderen Partei unterstützen, mit dem diese Verhöhnung von**

**Justizopfern wieder rückgängig gemacht und für derartig schreckliche, staatlich zugefügte Erlebnisse endlich angemessene Entschädigungen festgelegt werden?**

Eine solche Initiative würden wir unterstützen.

**(18) Bitte nennen Sie uns jene offen homo- und bisexuellen bzw. transidenten und intersexuellen Kandidatinnen und Kandidaten, die für Ihre Partei an wählbarer Stelle kandidieren.**

Gerald Grosz – Spitzenkandidat in der Steiermark

**(19) Welche Ihrer oben dargestellten Positionen sind für Ihre Partei Koalitionsbedingung?**

Unsere Koalitionsbedingungen sind Steuersenkung und Bildungsreform – das kommt allen Menschen zugute, egal welcher sexuellen Orientierung.

**(20) Zuletzt: Nennen Sie uns bitte die aus Ihrer Sicht 3 wichtigsten Gründe, die homo- und bisexuelle sowie transidente und intersexuelle Wählerinnen und Wähler veranlassen sollen, Ihrer Partei den Vorzug zu geben.**

Wir sind die Partei der modernen Mitte - wir machen Politik für alle die, die fleißig sind, egal ob dick oder dünn, egal ob klein oder groß, egal ob homosexuell oder heterosexuell.

Wir sind die Steuersenkungspartei - davon profitieren alle - egal ob dick oder dünn, egal ob klein oder groß, egal ob homosexuell oder heterosexuell.

Das BZÖ ist die einzige bürgerliche Parlamentspartei, die für eine liberale moderne Gesellschaftspolitik steht. Ehrlicherweise findet auch bei uns ein Entwicklungsprozess statt, aber wir sehen nach vorne, während ÖVP und FPÖ im Gestern leben.